

Wirklichkeit und Visionen

Strategien für eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit

22. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen ist erfolgreich zu Ende gegangen

Die Zeit ist reif für Veränderung!

Dieses Fazit ziehen die Gleichstellungsbeauftragten des Saarlandes nach der Teilnahme an der 22. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Potsdam.

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig betonte zur Eröffnung der Bundeskonferenz die Wichtigkeit der Gleichstellungsarbeit vor Ort: Sie sind das Fundament für die Gleichberechtigung in den Kommunen, sagte Schwesig und versprach ihre politische Unterstützung. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für alle werde es nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen geben - und dafür müssten sich auch die Männer bewegen.

Der Brandenburger Frauen- und Familienminister Günter Baaske forderte die Parteien auf, mehr Frauen für Kommunalwahlen und Landesregierungen aufzustellen. Dieser Forderung schließe ich mich an, in meiner Kommune sind lediglich ... Im Rat. Noch schlechter sieht es in Aufsichtsräten und Führungsetagen der städtischen Töchterunternehmen aus. Auch da besteht dringender Handlungsbedarf.

Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik für Frauen und Männer braucht Personal, Zeit und Geld. In Zukunft wird es Gleichstellungspolitik für beide Geschlechter geben. Dafür müssen ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen dringend mehr Unterstützung in Politik und Rat und Sanktionsmöglichkeiten, wenn das Gleichstellungsgesetz missachtet wird.

Die 22. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fordert:

1. Um durchgängig alle Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen wie Männern zu besetzen, braucht es eine umfassende Quotierungsregelung.
2. Ein Entgeltgleichheitsgesetz, das die Einführung eines diskriminierungsfreien Bewertungssystems mit Frauenförderregelungen in den Tarifverträgen koppelt. Wir fordern die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse.
3. Das Betreuungsgeld und das Ehegattensplitting müssen abgeschafft werden. Wir wollen ein geschlechtergerechtes Steuersystem und damit Steuergerechtigkeit für alle.
4. Hilfesysteme für von Gewalt betroffene Frauen sollen als staatliche Pflichtaufgabe finanziert werden, z.B. Frauenhäuser, Notrufe und Beratungsstellen.
5. Die Kommune ist die Wiege der Demokratie. Die BAG fordert daher die Einführung paritätisch besetzter Wahlvorschlagslisten in den Kommunalvertreterinnen Deutschlands.

6. Gleichbehandlung in der Sprache soll in allen Gesetzestexten, Ausführungsbestimmungen, Verordnungen und Veröffentlichungen der Bundesregierung umgesetzt werden. Nur wer genannt ist, ist auch gemeint.

Neue Bundessprecherinnen

Die Bundeskonferenz hat insgesamt sechs neue Sprecherinnen gewählt: Martina Trauth-Koschnick (Potsdam), Inge Trame (Stadt Gütersloh), Saskia Veit-Prang (Stadt Wiesbaden), Heike Gerstenberger (Berlin, Bezirk Pankow), Susanne Løb (Landkreis Wolfenbüttel), Brigitte Kowas (Berlin, Bezirk Reinickendorf)

Verabschiedet wurden Roswitha Bocklage (Gleichstellungsbeauftragte Stadt Wuppertal) und Heidrun Dräger (Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Ludwigslust-Parchim)

Das neue Sprecherinnengremium besteht nun aus 11 Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland. Sie vertreten die Belange von mehr als 1400 kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.